

„Europäische Erneuerung“

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2012

Zusammenstellung der wichtigsten Initiativen

Hanse-Office – Gemeinsame Vertretung der Länder
Hamburg und Schleswig-Holstein
bei der Europäischen Union

Vertretung der Freien Hansestadt Bremen
bei der Europäischen Union

Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern
bei der Europäischen Union

Vertretung des Landes Niedersachsen
bei der Europäischen Union

Gliederung

Einleitung	S.03
-------------------	------

Teil A. Struktur des Arbeitsprogramms 2012 der Kommission	S.04
--	------

Teil B. Identifizierung der aus norddeutscher Sicht wichtigen Initiativen

1. Finanzen und Haushalt	S.05
2. Wirtschaft, Unternehmen und Verkehr	S.09
3. Forschung und Technologie	S.15
4. Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz	S.16
5. Digitale Agenda	S.23
6. Umwelt, Klima, Energie und Meerespolitik	S.24
7. Landwirtschaft, Fischerei und Verbraucherschutz	S.27
8. Justiz, Inneres	S.31
9. Bildung, Kultur und Jugend	S.35

Einleitung

Die Europäische Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2012 am 15.11.2011 vorgelegt.¹ Darin stellt sie wie jedes Jahr ihre strategische politische Ausrichtung vor und gibt einen Ausblick auf die geplanten Initiativen in Form von Gesetzgebungsvorschlägen, Mitteilungen sowie Grün- oder Weißbüchern.

Mit dem Motto „Europäische Erneuerung“ liegt der Schwerpunkt erneut auf wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise. Zu den Prioritäten im nächsten Jahr gehören außerdem der Abschluss der Reform des Finanzsektors und die Verbesserung des digitalen Binnenmarktes. Ferner verweist das Arbeitsprogramm auf die Notwendigkeit, dass die EU auch nach außen geeint auftritt.

Die das Arbeitsprogramm enthaltende Mitteilung (KOM (2011) 777) ist zweigegliedert. Ein Textteil gibt einen Überblick über die derzeitige Lage und erläutert die Strategien der Kommission im politischen Kontext. Der als Anlage bezeichnete zweite Teil nennt die geplanten Maßnahmen im Einzelnen:

Anlage 1 enthält eine Liste mit den 129 „strategischen Initiativen“, die die Kommission für das Jahr 2012 vorgesehen hat. Ferner sind zwei Listen mit insgesamt 66 noch in Planung befindlichen Initiativen abgedruckt, die in den Jahren 2013 und 2014 in Angriff genommen werden sollen.

Anlage 2 beinhaltet 28 geplante Maßnahmen zur Rechtsvereinfachung und Verringerung der Verwaltungslasten.

Anlage 3 listet 17 anhängige Verfahren auf, die die Kommission zurückziehen will.

Im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit haben die Brüsseler Länderbüros von Bremen, Hamburg/Schleswig-Holstein (Hanse-Office), Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen wie in den Jahren zuvor die aus norddeutscher Sicht wichtigsten Vorhaben aus der Anlage 1 des Arbeitsprogramms zusammengefasst.

Diese Schwerpunktsetzung ist eine Momentaufnahme, die die Situation bzw. Einschätzung aus heutiger Sicht darstellt. Es ergeben sich erfahrungsgemäß auch seitens der Kommission im Laufe des Jahres Änderungen sowohl im Hinblick auf zeitliche Abläufe als auch eine Verschiebung von Schwerpunkten durch neue Herausforderungen oder politische Entwicklungen.

Die Auswertung gliedert sich wie folgt:

Teil A: Struktur des Arbeitsprogramms 2012 der Kommission

Teil B: Identifizierung der aus norddeutscher Sicht wichtigsten Maßnahmen 2012-2014

¹ Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_de.htm

Teil A. Struktur des Arbeitsprogramms 2012 der Kommission

Das Arbeitsprogramm 2012 besteht wie im letzten Jahr aus vier Themenblöcken:

Ein Europa der Stabilität und Verantwortung

Der Abschluss der Reform des Finanzsektors im Jahr 2012 gehört zu den zentralen Zielen des Programms, wobei der Anlegerschutz den Schwerpunkt bildet. Es sollen ebenfalls Maßnahmen ergriffen werden, um die öffentlichen Einnahmen vor Steueroasen und Mehrwertsteuerbetrug zu schützen, und den Verwaltungsaufwand für kleine und mittlere Unternehmen zu verringern. Die Kommission macht deutlich, dass insbesondere eine rasche Umsetzung der bereits 2011 verabschiedeten Vorschläge über Derivate, Rating-Agenturen, Eigenkapitalanforderungen und solidere Wertpapiermärkte sowie gegen Marktmissbrauch eine große Bedeutung für die Wiederherstellung des Vertrauens in die europäische Wirtschaft und die Verbesserung der gegenwärtig schwierigen Wirtschaftsaussichten hat.

Schaffung einer Union des nachhaltigen Wachstums und der Solidarität

Der Binnenmarkt als nach wie vor wichtigstes Instrument zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen soll gestärkt werden. Zunächst will die Kommission die bereits mit der Binnenmarktakte eingeleiteten Umsetzungs- und Durchsetzungsmaßnahmen verstärken. Ferner soll der elektronische Geschäftsverkehr 2012 aktiv gefördert und der digitale Binnenmarkt verbessert werden. Verbraucher ebenso wie Anbieter sollen Vertrauen in Online-Transaktionen gewinnen. Eine umfassende verbraucherpolitische Agenda beinhaltet Maßnahmen bezüglich Sicherheit, Information, Rechten, kollektiven Rechtsbehelfen und Zugang zur Justiz, die dazu beitragen sollen, dass Verbraucher den Binnenmarkt bestmöglich nutzen können. Weitere Initiativen u.a. in den Bereichen Renten, Fahrzeugemissionen und Wasserversorgung sollen die Nachhaltigkeit der Wirtschaft fördern. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit soll durch Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität junger Arbeitssuchender bekämpft werden, die öffentlichen Arbeitsverwaltungen sollen eine Stärkung erfahren.

Mehr Gewicht für die Stimme der EU auf der Weltbühne

Die Kommission sieht im nach außen geeinten Auftreten der EU einen Schlüssel zur Bewältigung der Krise. Die EU werde ihre gemeinsame Handels- und Entwicklungspolitik stärken, die die europäischen Interessen schützen und gleichzeitig Wohlstand und Sicherheit in der Welt verbessern soll. Dazu will sie Handelsvereinbarungen fördern und nach wie vor die friedliche und positive Entwicklung im südlichen Mittelmeerraum unterstützen.

Intelligente Rechtsetzung und konkrete Umsetzung

Bei den Verhandlungen zum neuen Finanzhaushalt will die Kommission auf eine Vereinfachung und Rationalisierung hinwirken. Bei öffentlichen Konsultationen wird die Mindestdauer von 8 auf 12 Wochen heraufgesetzt, um die Beteiligung der Interessengruppen und Bürger zu verbessern. Verwaltungslasten insbesondere für Kleinunternehmen sollen weiter verringert werden.

Teil B. Identifizierung der aus norddeutscher Sicht wichtigen Initiativen

Die Brüsseler Länderbüros von Hamburg/Schleswig-Holstein (Hanse-Office), Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen haben das Arbeitsprogramm der Kommission gemeinsam auf die für Norddeutschland wichtigen Maßnahmen hin ausgewertet. In der folgenden Tabelle sind die dabei identifizierten Maßnahmen aus Anhang I des Arbeitsprogramms nach den traditionellen Politikbereichen geordnet. Soweit schon bekannt ist das geplante Veröffentlichungsdatum genannt.

1. Finanzen und Haushalt

Zu den wichtigsten Vorhaben im Finanzbereich 2012 zählen insbesondere die Regulierung des Schattenbankensystems, zu der es in der zweiten Jahreshälfte einen ersten Ansatz in Form einer Mitteilung geben soll. Für die Stabilität des Finanzsektors und den Verbraucherschutz von hoher Bedeutung ist auch die Richtlinie zur Einrichtung von Sicherungssystemen für Versicherungen parallel zum Einlagensicherungssystem, um die strukturell bestehende Schlechterstellung des Versicherungskunden im Vergleich zum Bankkunden im Insolvenzfall zu unterbinden. Im EU-relevanten Steuerbereich soll der Kampf gegen Steueroasen und Steuerbetrug durch effizientere Mittel verbessert werden. Allerdings wird die wesentliche Beachtung auch 2012 den bereits 2011 vorgelegten und sich derzeit in Beratung befindlichen Vorschlägen im Finanz-, Steuer- und Haushaltsbereich, namentlich der Umsetzung von Basel III in EU-Recht, des strukturierten Krisenmanagements im Finanzsektor, der Finanztransaktionssteuer sowie des neuen Mehrgliedrigen Finanzrahmens 2014 bis 2020 zukommen.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM im Jahr 2012 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
1	Finanzen	Jahreswachstumsbericht 2013	Nicht-Legislativmaßnahme (4. Quartal 2012)	Der Jahreswachstumsbericht bildet seit 2010 im Spätherbst den Auftakt für das im folgenden Frühjahr beginnende europäische Semester, in dem die KOM die Stabilitäts- und Nationalen Reformprogramme der MS untersucht und Empfehlungen abgibt. Daneben wird die Kommission eine Mitteilung vorlegen, die die Hauptgrundlage für die Gespräche bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates bildet.
26	Finanzen	Öffentliche Finanzen in der WWU 2012	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung über öffentliche Finanzen in der WWU 2012 soll aufgezeigt werden, welche politischen Folgen und Herausforderungen sich aus dem jährlichen Bericht über die öffentlichen Finanzen ergeben. In diesem Bericht wird die budgetäre Entwicklung in den Mitgliedstaaten überprüft, außerdem werden aktuelle Themen im Bereich Finanzpolitik und Haushaltsüberwachung erläutert.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
78	Finanzen	Anlegerschutz: Änderung der OGAW-Richtlinie in Bezug auf die Verwahraufgaben von OGAW, die Vergütungspolitik für Manager und Verwaltungssanktionen	Legislativmaßnahme (1./ 2. Quartal 2012)	Gegenstand dieser Maßnahme ist eine Änderung der OGAW-Richtlinie (Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren – „OGAW V“ 2009/65/EG) mit dem Ziel, 1. ein neues Regulierungssystem mit einem stabilen Anlegerschutz zu schaffen, 2. die Effizienz des EU-Binnenmarktes im Bereich Investmentfonds weiter zu steigern und 3. zu gewährleisten, dass der OGAW-Rechtsrahmen nicht die finanzielle Stabilität auf dem Markt beeinträchtigt. Auf der operativen Ebene soll die Änderung konkret zu geeigneten Lösungen für OGAW-Verwahrestellen sowie für die OGAW-Vergütungspolitik führen.
79	Finanzen	Schattenbanksystem	Nicht-Legislativmaßnahme	In der zweiten Jahreshälfte wird eine Mitteilung verabschiedet, die die Arbeit der G20 ergänzt und umsetzt. Schattenbanken stellen ein besonderes Risiko für die Stabilität der Finanzmärkte dar, das System umfasst weltweit ca. 60 Billionen US-\$ und ist in den USA bereits größer als der reguläre Bankensektor.
87	Finanzen/ Inneres/ Wirtschaft	Online-Gewinnspiele im Binnenmarkt	Nicht-Legislativmaßnahme (Juni 2012)	(Erläuterung siehe Inneres)
90	Finanzen	Liquidationsnetting	Legislativmaßnahme (1. Quartal 2012)	Liquidationsnetting ist ein wichtiges Risikominderungsinstrument, das Gegenparteiausfallsrisiken mindert, da es der weiter bestehenden Vertragspartei im Falle einer Insolvenz Vorrang vor den Gläubigern mit ungesicherten Forderungen einräumt. Das Ziel ist es, die Rechtssicherheit und Sicherheit bi- und multilateraler Nettingvereinbarungen zu erhöhen, aber auch als Teil eines EU-Rahmens für Krisenmanagement im Finanzsektor (siehe KOM(2010) 579) einzelstaatliche Behörden zu ermächtigen, die Rechte auf Liquidationsnetting vorübergehend auszusetzen.
92	Finanzen	Sicherungssysteme für Versicherungen	Legislativmaßnahme (4. Quartal 2012)	Sicherungssysteme für Versicherungen bieten Verbrauchern in letzter Instanz Schutz, wenn Versicherungen ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen können. Zielsetzung ist sicherzustellen, dass derartige Sicherungssysteme in allen Mitgliedstaaten bestehen und gewisse Mindestanforderungen erfüllen. Der Vorschlag baut auf dem 2010 veröffentlichten Weißbuch der KOM auf.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
93	Finanzen	Dritte Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche	Legislativmaßnahme (Oktober 2012)	Mit der dritten Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (RL 2005/60/EG) wurden Empfehlungen des internationalen Gremiums „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“ (FATF) in Gemeinschaftsrecht umgesetzt. Derzeit läuft eine Überarbeitung der internationalen Normen und soll voraussichtlich bis Februar 2012 abgeschlossen sein. Die Überarbeitung durch die Kommission hat ebenfalls begonnen, ein entsprechender Bericht ist für Anfang 2012 geplant. Sobald internationale Standards in die EU-Rechtsvorschriften aufgenommen sind, müssen sie zügig umgesetzt werden.
120	Finanzen	Verantwortungsvolles Handeln in Bezug auf Steueroasen	Nicht-Legislativmaßnahme (4. Quartal 2012)	Mit dieser Initiative wird eine verstärkte Strategie ausgearbeitet, mit der die EU vor Behinderungen durch kooperationsunwillige Länder außerhalb der EU (einschließlich Steueroasen und aggressive Steuerplanung) geschützt wird.
123	Finanzen/ Wirtschaft	Die Situation der Zollunion	Nicht-Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Wirtschaft)
125	Finanzen	Schnellreaktionsmechanismus gegen MwSt-Betrug	Legislativmaßnahme (3. Quartal 2012)	Die Erfahrungen in letzter Zeit haben gezeigt, dass die Union nicht schnell genug reagieren kann, wenn sie mit plötzlichem und umfangreichem MwSt-Betrug in bestimmten Mitgliedstaaten konfrontiert ist. Bislang wurden einzelnen Mitgliedstaaten Ausnahmeregelungen gewährt, um diese Art von Betrug in den betroffenen Bereichen zu verhindern, doch ist das Verfahren für die Gewährung von Ausnahmeregelungen nicht flexibel genug, um eine zügige und passende Reaktion zu gewährleisten. Der vorgeschlagene neue Mechanismus für die Annahme von Ausnahmeregelungen – der Schnellreaktionsmechanismus – würde ein deutlich schnelleres Bekämpfen dieser Probleme ermöglichen. Letztendlich soll der Mechanismus umfangreichen Betrugsmustern entgegenwirken, bevor diese sich erheblich auf einzelstaatliche Haushalte auswirken.
	Finanzen	Initiative zur grenzüberschreitenden Erbschaftsteuer	Nicht-Legislativmaßnahme	Ziel ist eine Koordinierung der Erbschaftsteuergesetzgebung der einzelnen Mitgliedsstaaten zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen oder Nichtbesteuerung bei grenzübergreifenden Erbschaftsfällen. Die Mitteilung war schon im Arbeitsprogramm 2011 enthalten und wird nun im Laufe des Jahres 2012 erwartet.

Liste möglicher, in Prüfung befindlicher Vorhaben für das Jahr 2013

Politikbereich	Bezeichnung	Art	Gegenstand und Ziele
Finanzen	Überarbeitung der De-minimis-Verordnung über staatliche Beihilfen	Legislativmaßnahme	De-minimis-Beihilfen sind ein flexibles Instrument für die Gewährung von sehr begrenzten Beihilfen. Die De-minimis-Verordnung der Kommission deckt kleine Zuschüsse ab, die keine staatlichen Beihilfen im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 AEUV sind, da sie keine Auswirkungen auf Handel und Wettbewerb haben und die somit nicht unter die Anmeldepflicht fallen. Die derzeitige Verordnung läuft im Dezember 2013 aus.
Finanzen	Zahlungsdienste im Binnenmarkt	Legislativmaßnahme	Ziel der Überarbeitung der Richtlinie 2007/64/EG ist die Schaffung eines integrierten, wettbewerbsfähigen, effizienten und benutzerfreundlichen Zahlungsverkehrsmarktes in Europa.
Finanzen	Grenzüberschreitende Zahlungen in der EU	Legislativmaßnahme	Ziel dieser Revision der SEPA-Verordnung aus dem Jahr 2009 ist die in der VO enthaltene Überprüfung der Bereiche zahlungsbilanzstatistisch begründeten innerstaatlichen Meldepflichten, die Nutzung von IBAN und BIC bei der Automatisierung von Zahlungen, Beschränkung der Entgelte auf das Äquivalent im nationalen Kontext. Auch weitere Bereiche können einfließen, um einen integrierten, wettbewerbsfähigen, effizienten und benutzerfreundlichen Zahlungsverkehrsmarkt in Europa zu schaffen.
Finanzen	Möglicher Rahmen für Krisenmanagement und Krisenbewältigung für Finanzinstitute, die keine Banken sind	Legislativmaßnahme/ Nicht-Legislativmaßnahme	Während noch Ende 2011 eine Regelung zum Krisenmanagement für Finanzinstitute von der KOM vorgelegt wird, sollen im Jahr 2013 möglicherweise Rechtsvorschriften vorgeschlagen werden, um auch das Versagen von Finanzinstituten, die keine Banken sind (zentrale Gegenparteien (CCP), Versicherungsgesellschaften, Hedgefonds usw.), bewältigen zu können.
Finanzen	Initiative zum Schlichtungsverfahren bei grenzüberschreitenden Steuerstreitigkeiten	Legislativmaßnahme	Um trotz vorhandene Instrumente wie Schlichtungsübereinkommen und Doppelbesteuerungsabkommen zwischen EU-Mitgliedstaaten Doppelbesteuerungssituationen schneller zu lösen, soll eine entsprechende Regulierung helfen, dieses Problem zu lösen.

Liste möglicher, in Prüfung befindlicher Vorhaben für das Jahr 2013

Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
Finanzen	Festlegung einer endgültigen Regelung für die Besteuerung des Intra-EU-Handels	Legislativmaßnahme	Ziel dieses Vorschlags ist eine abschließende Regelung für die seit langer Zeit geltenden Übergangsbestimmungen hinsichtlich des Intra-EU-Handels im Rahmen der MwSt-System-Richtlinie. Hierzu soll ein gesonderter Richtlinienvorschlag vorgelegt werden, um die geltende Regelung zu reformieren und eine effizientere und robustere Steuerregelung für den Einheitlichen Binnenmarkt zu schaffen.

2. Wirtschaft, Unternehmen und Verkehr

Der Schwerpunkt der im Programm aufgeführten wirtschaftspolitischen Vorhaben liegt weiter auf der Umsetzung der EU 2020-Strategie. In deren Rahmen werden wichtige Initiativen aktualisiert, um eine nachhaltige, integrative und ressourcenschonende Wirtschaft zu gewährleisten. Die Verwirklichung eines europäischen Binnenmarktes mit einem freien Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie der Freizügigkeit wird mit Vorhaben zur Arbeitnehmerfreizügigkeit und den Kfz-Zulassungen weiter vorangetrieben. Im Focus des Interesses der norddeutschen Länder stehen besonders die geplante Maßnahmen zur Förderung einer ökologischeren Wirtschaft und die maritimen Vorhaben wie etwa „Blue Growth“. Auch die über das Jahr 2012 hinaus geplanten wirtschaftspolitischen Vorhaben befassen sich überwiegend mit Vorschlägen zur Umsetzung der EU 2020- Strategie.

Im Verkehrsbereich sind Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen (u.a. auch für den Seeverkehr) und damit zentrale Forderungen des Weißbuchs zur Zukunft des Verkehrs aufgenommen worden. Bislang hat die Kommission in zwei Weißbüchern aus den Jahren 1992 und 2001 die Grundzüge ihrer Verkehrspolitik festgelegt. Die Ziele, die man sich in 2001 und zuletzt bei der Halbzeitbilanz des Verkehrsweißbuchs im Jahre 2006 gesteckt hatte, sind zu einem großen Teil nicht erreicht worden. Dies gilt insbesondere für die Reduzierung der Abhängigkeit des Transports von fossilen Brennstoffen. Die Politik der EU wird sich in den nächsten Jahren auf diesen Bereich schwerpunktmäßig fokussieren. Weiterhin sollen mit einer Legislativmaßnahme zur Zulassung von Fahrzeugen, welche vorher in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen waren, der europäische Binnenmarkt verbessert werden.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM im Jahr 2012 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
1	Wirtschaft/ Finanzen	Jahreswachstumsbericht 2013	Nicht-Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Finanzen)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
4	Wirtschaft	CO2 aus Personenkraftwagen und Lieferwagen – 2020-Ziele	Legislativmaßnahme (Dezember 2012)	Die Verordnungen (EG) Nr. 443/2009 und (EU) Nr. 510/2011) müssen mit Blick auf die 2020-Ziele überprüft werden. Ziele sind eine Bewertung der Erreichbarkeit des 2020-Ziels für Lieferwagen und Ideen, wie die 2020-Ziele in Bezug auf Personenkraftwagen und Lieferwagen erreicht werden können.
5	Verkehr	Einbeziehung der Emissionen des Seeverkehrs in die Verpflichtungen der EU zur Senkung der Treibhausgasemissionen	Legislativmaßnahme (3. Quartal 2012)	Nach den EU-Rechtsvorschriften in den Bereichen Klimaschutz und Energie sind die Emissionen des Seeverkehrs in die Verpflichtungen der EU zur Senkung der Treibhausgasemissionen einzubeziehen, sofern bis Ende 2011 auf internationaler Ebene keine Zielvorgaben für die Emissionsminderung vereinbart werden, die diese Emissionen mit einbeziehen.
9	Wirtschaft	Überarbeitung der Bürgerschaftsmittlung	Nicht-Legislativmaßnahme	Überarbeitung aufgrund von Marktentwicklungen.
10	Wirtschaft/ Medien	Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze	Nicht-Legislativmaßnahme (Juli 2012)	(Erläuterung siehe Medien)
11	Wirtschaft	Verordnung des Rates über eine strategische Initiative im Bereich der materiellen Regeln für staatliche Beihilfen	Legislativmaßnahme	Änderung der Ermächtigungsverordnung (EG) Nr. 994/98 des Rates, um eine Erweiterung des Anwendungsbereichs der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung im Jahr 2013 zu ermöglichen.
13	Wirtschaft/ Medien	Überarbeitung der Mitteilung zur Filmwirtschaft	Nicht-Legislativmaßnahme (September 2012)	(Erläuterung siehe Medien)
14	Wirtschaft	Überarbeitung der Mitteilung über kurzfristige Exportkreditversicherungen	Nicht-Legislativmaßnahme (Dezember 2012)	Die derzeitige Mitteilung verliert spätestens ab dem 31.12.2012 ihre Gültigkeit.
15	Wirtschaft	Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung	Nicht-Legislativmaßnahme (September 2012)	Die aktuellen Leitlinien gelten bis zum 31.12.2013. Überarbeitet werden die Vorschriften über Gebietsabgrenzung, zulässige Beihilfeintensitäten und große Investitionsvorhaben. Dieses Projekt wird mit Vorschlägen für den zukünftigen mehrjährigen Finanzrahmen nach 2013, insbesondere mit Vorschlägen für Strukturfonds, koordiniert.
17	Wirtschaft/ Gesundheit/ Verbraucherschutz	Europäische Verbrauchheragenda	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme (März/ April 2012)	(Erläuterung siehe Verbraucherschutz)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
34	Wirtschaft	Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union	Legislativmaßnahme/ Nicht-Legislativmaßnahme (2. Quartal 2012)	Ziel dieser Initiative ist eine verbesserte Durchsetzbarkeit der Verordnung (EWG) Nr. 1612/1968 (in ihrer durch die Verordnung (EU) Nr. 492/2011 kodifizierten Fassung) über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union. Sie beseitigt bestehende Hemmnisse, die die Mobilität von EU-Arbeitnehmern einschränken, indem sie die Durchsetzung der in den EU-Vorschriften vorgesehenen Rechte sowie die rechtliche Unterstützung für Migranten, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit diskriminiert werden, verbessert.
49	Wirtschaft	Überarbeitung der REACH-Verordnung	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Überarbeitung enthält Schlussfolgerungen über a) die Erfahrungen der Mitgliedstaaten, Informationen über die Anwendung der REACH-Verordnung, den Umsetzungsstand und die Verwendung von Prüfverfahren ohne Tierversuche, Prüfstrategien und Finanzierung der Entwicklung und Bewertung alternativer Prüfmethoden und b) die gezogenen Lehren mit besonderem Augenmerk auf die Kosten, den Verwaltungsaufwand und andere Auswirkungen auf die Innovation. Sie umfasst zudem eine Überprüfung des Anwendungsbereichs und möglicher Überschneidungen mit anderen EU-Rechtsvorschriften über Chemikalien sowie eine Überarbeitung der Europäischen Chemikalienagentur.
69	Verkehr	Zulassung von Kraftfahrzeugen, die zuvor in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen waren	Legislativmaßnahme (1. Trimester 2012)	Hauptziel der Maßnahme ist es, das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern, indem die Behinderungen des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie der Freizügigkeit beseitigt werden, die durch unterschiedliche Verwaltungsmöglichkeiten und –auflagen für die Zulassung von Kraftfahrzeugen, die zuvor in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen waren, entstehen.
70	Wirtschaft	Industriepolitik für die Sicherheitsindustrie	Nicht-Legislativmaßnahme	Förderung eines starken Binnenmarktes für Sicherheit durch Überwindung der Marktzersplitterung, Stärkung der industriellen Basis, Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Sicherheitsindustrie in der Welt. Diese unterschiedlichen Ansätze in den Mitgliedstaaten haben zur Entstehung verschiedener Sicherheitsmärkte geführt.
71	Wirtschaft	Schlussfolgerungen der hochrangigen Gruppe CARS 21	Nicht-Legislativmaßnahme (2. Quartal 2012)	Bewertung der politischen Empfehlungen der hochrangigen Gruppe CARS 21 in ihrem Abschlussbericht und Ankündigung, wie die Kommission auf diese zu reagieren gedenkt.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
72	Wirtschaft	Aktualisierung und Überprüfung der Fortschritte bei der integrierten Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Kommission überprüft die Umsetzung der Europa-2020-Leitinitiative zur Industriepolitik und aktualisiert wichtige Initiativen, um einen raschen Übergang zu einer nachhaltigeren, integrativeren und ressourcenschonenderen Wirtschaft und einer dynamischen industriellen Grundlage zu gewährleisten. In der Halbwertung werden die wirtschaftliche Erholung, neue Herausforderungen und der MFR berücksichtigt.
73	Wirtschaft	Industriepolitik für die Raumfahrtindustrie	Nicht-Legislativmaßnahme	Angesichts der strategischen Bedeutung der Raumfahrtindustrie, ihrer Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung (sowohl für FuE als auch für Verkäufe) und des wachsenden weltweiten Wettbewerbs auf dem Handelsmarkt werden in der Mitteilung Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die europäische Raumfahrtindustrie dargelegt. Dies soll die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie steigern und zu einer ausgewogenen Beteiligung der europäischen Kapazitäten beitragen.
74	Wirtschaft / Forschung	Schlüsseltechnologien	Nicht-Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Forschung)
75	Wirtschaft	Europäisches Gütezeichen in der Tourismusbranche	Legislativmaßnahme	Ein europäisches Gütezeichen würde die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit des Tourismus in Europa stärken, da es für Transparenz und Kohärenz bei der Qualitätsbewertung touristischer Dienstleistungen sorgen würde. Auf diese Weise soll das Vertrauen der Verbraucher gewonnen und qualitativ hochwertiger Tourismus anerkannt werden.
81	Wirtschaft	Folgemaßnahme zum Leistungsscheck für Dienstleistungen: Vertiefung des Binnenmarktes für Dienstleistungen	Nicht-Legislativmaßnahme (2. Quartal 2012)	Nach der Durchführung von „Leistungschecks“ und verschiedenen anderen Arbeiten (d. h. Bewertungen zu den Aspekten Tätigkeitsvorbehalte, Beteiligung am Gesellschaftsvermögen, Rechtsform und Versicherungsanforderungen) sollen durch diese Initiative die Maßnahmen ermittelt und vorgeschlagen werden, die zum Beseitigen der Faktoren, die das Funktionieren des Binnenmarktes für Dienstleistungen nach wie vor behindern, erforderlich sind.
85	Wirtschaft	Überarbeitung der Verordnung über die Gemeinschaftsmarke und der Richtlinie zur Angleichung des Markenrechts der Mitgliedstaaten	Legislativmaßnahme	Ziel ist es, sowohl die EU-Verordnung als auch die EU-Richtlinie gegebenenfalls zu aktualisieren, zu straffen und zu modernisieren und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt und den Markenämtern der Mitgliedstaaten einzurichten, damit das Markensystem in Europa als Ganzes wirksamer und kohärenter wird.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
87	Wirtschaft/ Inneres/ Finanzen	Online-Gewinnspiele im Binnenmarkt	Nicht- Legislativmaßnahme (Juni 2012)	(Erläuterung siehe Inneres)
111	Wirtschaft	Festlegung eines Rahmens für maritime Raumplanung	Legislativmaßnahme	Die Maßnahme soll gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten einen stabilen, zuverlässigen und zukunftsorientierten integrierten Planungsrahmen bereitstellen, um die Nutzung des maritimen Raums zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung und der Meeresumwelt zu optimieren, und dass sie dabei ein gemeinsames Konzept anwenden, um die grenzüberschreitende maritime Raumplanung zu erleichtern. Die Art der Maßnahme – möglicherweise eine Richtlinie – wird noch festgelegt.
112	Wirtschaft	Blaues Wachstum: von den Meeren und Küsten ausgehendes nachhaltiges Wachstum	Nicht- Legislativmaßnahme	Die Mitteilung baut auf den Ergebnissen einer noch laufenden Studie auf, die nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung in etablierten, neuen und künftigen maritimen Wirtschaftssektoren auf der Grundlage der innovativen Nutzung von Meeres- und Küstenressourcen als Motor für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit untersucht.
118	Wirtschaft	Stand der Innovationsunion 2012 – Beschleunigung des Wandels	Nicht- Legislativmaßnahme (Oktober 2012)	In dieser Mitteilung werden die nächsten Schritte dargelegt, mit denen Wachstum und Arbeitsplätze durch Innovation geschaffen werden sollen. Sie enthält folgende Vorschläge: genaue Festlegung des neuen Indikators für schnell wachsende und innovative Unternehmen mit einer vergleichenden Bewertung der Innovationsleistung der Mitgliedstaaten, Folgemaßnahmen zu Selbstverpflichtungen im Rahmen der Innovationsunion, bei denen keine Fortschritte erzielt wurden, und ein Vorschlag, das Thema Innovation in die EU-Strategien zu integrieren.
123	Wirtschaft/Finanzen	Die Situation der Zollunion	Nicht- Legislativmaßnahme	Gesamtbewertung des Funktionierens der Zollunion, ihrer Probleme und Vorteile beim Schutz des Binnenmarktes und der Bürger. Als Lösung für in dieser Analyse ermittelte Mängel und Erfordernisse weist die Bewertung auf künftige Zollinitiativen hin, die den zusätzlichen Wert, den die Zollunion dem Binnenmarkt bringt, noch weiter steigern soll.
126	Wirtschaft	Bericht über Handels- und Investitionshemmnisse	Nicht- Legislativmaßnahme	Bericht für den Europäischen Rat, um schwerwiegende Marktzugangshindernisse für europäische Exporteure und Investoren in Drittländern zu ermitteln und Strategien auszuarbeiten, mit denen diese Hindernisse beseitigt werden können.
128.	Verkehr/ Umwelt/ Energie	Saubere Energie im Verkehr: Eine alternative Kraftstoffstrategie	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Verkehr)

Liste möglicher, in Prüfung befindlicher Vorhaben für das Jahr 2013

Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
Verkehr	Strategie zur Senkung der CO ₂ -Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen	Legislativmaßnahme/ Nicht- Legislativmaßnahme	Diese Initiative befasst sich mit dem Problem der steigenden CO ₂ -Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen. Das allgemeine Ziel besteht darin, diese Emissionen kosteneffizient zu senken. Die Initiative schließt sich an die Europäische Strategie für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge und das Weißbuch Verkehr KOM(2011) 144 an.
Wirtschaft	Initiative im Bereich der materiellen Regeln für staatliche Beihilfen: Überarbeitung der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung	Legislativmaßnahme	Da die derzeitige allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung Ende 2013 ausläuft, ist eine Überarbeitung erforderlich. Ferner wird die Überarbeitung mehrerer Leitlinien über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit EU 2020 (FuEul, Risikokapital, Umwelt) an die Überarbeitung der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung angepasst. Nach 2013 könnte eine weitere Konsolidierung von Leitlinien ins Auge gefasst werden (allgemeine Leitlinien über staatliche Beihilfen). Auf der Grundlage einer geänderten Ermächtigungsverordnung (EG) Nr. 994/98 des Rates (siehe 2012) könnte der Anwendungsbereich der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung erweitert werden.
Wirtschaft	Überarbeitung der De-minimis-Verordnung über staatliche Beihilfen	Legislativmaßnahme	De-minimis-Beihilfen sind ein flexibles Instrument für die Gewährung von sehr begrenzten Beihilfen. Die De-minimis-Verordnung der Kommission deckt kleine Zuschüsse ab, die keine staatlichen Beihilfen im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 AEUV sind, da sie keine Auswirkungen auf Handel und Wettbewerb haben und die somit nicht unter die Anmeldepflicht fallen. Die derzeitige Verordnung läuft im Dezember 2013 aus.
Wirtschaft	Überarbeitung des Rahmens für staatliche Beihilfen im Bereich FuEul	Nicht- Legislativmaßnahme	Der überarbeitete Rahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation („FuEul“) trat 2007 in Kraft. Der Rahmen hilft Mitgliedstaaten, die staatliche Beihilfen als zusätzliches Instrument zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation verwenden möchten. Der Rahmen muss bis 2013 überarbeitet werden.

Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
Wirtschaft/ Verkehr	Rahmen für die künftige EU-Hafenpolitik einschließlich Legislativvorschlägen	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Initiative wird den Häfen helfen, die zunehmenden Frachtmengen zu bewältigen und somit nahtlose Logistikketten zu ermöglichen. Ferner werden mit der Initiative die Beschränkungen für die Erbringung von Hafendienstleistungen überprüft und die Transparenz bei der Finanzierung von Häfen verstärkt und die Verwendung öffentlicher Mittel für die verschiedenen Hafentätigkeiten zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen klarer offengelegt. Ein weiteres Element ist die Schaffung gegenseitig anerkannter Rahmenbestimmungen für die Ausbildung von Hafenarbeitern in den verschiedenen im Hafen vorhandenen Bereichen.
Wirtschaft	Stärkere Umsetzung des Binnenmarktes für Kraftfahrzeuge	Legislativmaßnahme	Oberstes Ziel ist es, den Binnenmarkt für Kraftfahrzeuge zu sichern und zu stärken, indem gewährleistet wird, dass sämtliche für eine wirksame und einheitliche Anwendung und Durchsetzung des Rechtsrahmens für die Typgenehmigung von Automobilerzeugnissen erforderlichen Mechanismen vorhanden sind.

3. Forschung und Technologie

Die Kommission hat ihren Vorschlag für „Horizont 2020“, das Folgeprogramm für das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm, am 30.11.2011 veröffentlicht (KOM(2011) 808). Horizont2020 soll für die Jahre 2014-2020 gelten und dazu beitragen, dass die Wissensbasis der EU zu einem stärkeren Unternehmenwachstum führt, während Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere auf die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichtet werden sollen. Die anstehenden Maßnahmen für 2012 sollen die Randbedingungen dafür schaffen bzw. stärken.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM im Jahr 2012 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
74	Forschung/ Wirtschaft	Schlüsseltechnologien	Nicht-Legislativmaßnahme	Als Reaktion auf die Empfehlungen der hochrangigen Gruppe wird im Rahmen dieser Initiative ein koordinierter Rahmen für Schlüsseltechnologien vorgeschlagen, der die Kontinuität in den Bereichen Forschung und Entwicklung und Innovation sowie Technologietransfer und –anwendung und die Förderung weltweit wettbewerbsfähiger „Ökosysteme“ gewährleisten soll.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
117	Forschung	Rahmen für den Europäischen Forschungsraum (ERA)	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme (Juni 2012)	Der ERA-Rahmen ist die Grundlage für strategische Kohärenz und Koordinierung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Ziel ist dabei eine Steigerung der Effizienz des europäischen Forschungssystems durch eine bessere Nutzung des Potenzials für grenzüberschreitende Synergien und Ergänzungen (z. B. Mobilität und Laufbahnmöglichkeiten von Forschern, grenzüberschreitende Projekte von Organisationen, die Forschungen durchführen oder finanzieren, Forschungsinfrastrukturen, Wissensverbreitung und Zusammenarbeit mit Drittländern). Eine Initiative zu Einreise und Aufenthalt von Forschern, Studenten und Schülern aus Drittstaaten in den Bereichen Wissenschaft, Bildung, Ausbildung und Kultur soll die Bedingungen weiter erleichtern (vgl. Nr. 67 des Arbeitsprogramms).
118	Forschung/ Wirtschaft	Stand der Innovationsunion 2012 – Beschleunigung des Wandels	Nicht-Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Wirtschaft)
119	Forschung	Verstärkung und Fokussierung internationaler Zusammenarbeit in Forschung und Innovation	Nicht-Legislativmaßnahme (September 2012)	Europa muss bei der Zusammenarbeit mit seinen wichtigsten Partnern in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation strategischer handeln, um Spitzenleistungen und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, weltweite gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern und außenpolitische Maßnahmen zu unterstützen. Die Mitteilung enthält detaillierte Ziele, Kriterien und Arbeitsgrundsätze für die Umsetzung, Verstärkung und Fokussierung von EU-Maßnahmen zur internationalen Zusammenarbeit im Zuge des gemeinsamen strategischen Rahmens für Forschung und Innovation.

4. Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz

Die Schaffung von Arbeitsplätzen gehört wie schon in den letzten Jahren zu den größten Herausforderungen in Europa und Schwerpunkten der Kommission. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen gehören auch die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und der Armut zu den Schwerpunkten. Mit der Umsetzung der 2010 vorgelegten Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 soll die europäische Erneuerung auf die Bedürftigsten ausgerichtet werden. Der neue Europäische Sozialfonds und der Fonds für die Anpassung an die Globalisierung sollen die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Beschäftigungskrise durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Förderung von Schlüsselkompetenzen unterstützen. „Erasmus für alle“ soll strategische Partnerschaften zwischen Universitäten und Unternehmen unterstützen. Die Kommission will 2012 darlegen, wie die EU zur Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit beitragen kann. Unter Beteiligung der Sozialpartner wird sie ferner die Prinzipien der „Flexicurity“ überprüfen und eine neue Phase zu ihrer Umsetzung einleiten. Schließlich kündigt die Kommission auch Vorschläge zur Stärkung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen an, wozu auch eine Reform der Europäischen Arbeitsmarktvverwaltung (Eures) gehört. Damit soll der Zugang zu

grenzüberschreitenden Beschäftigungsmöglichkeiten verbessert werden. Die Kommission unterbreitet ebenfalls Vorschläge zum Umgang mit ergänzenden Rentenansprüchen von Arbeitsplatzwechselern.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM im Jahr 2012 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
1	Arbeit	Jahreswachstumsbericht 2013	Nicht-Legislativmaßnahme (4. Quartal 2012)	Neben einem Jahreswachstumsbericht wird die Kommission eine Mitteilung vorlegen, die die Hauptgrundlage für die Gespräche bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates bildet. Der Wachstumsbericht wird einen retrospektiven Teil über die erreichten Fortschritte und einen prospektiven Teil umfassen, in dem horizontale politische Leitlinien für die Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden.
16	Gesundheit/ Verbraucherschutz	Produktsicherheitspaket: (1) Allgemeine Produktsicherheit	Legislativmaßnahme (4. Quartal 2012)	Die Überarbeitung der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit (2001/95/EG) soll das Vertrauen von Verbrauchern und Unternehmen in den Binnenmarkt für sichere Produkte stärken, indem klarere Regeln, niedrigere Befolgungskosten und allgemein wirklich gleiche Bedingungen für Unternehmen geschaffen werden. Dies ermöglicht den Behörden der Mitgliedstaaten eine bessere Koordinierung und Prioritätensetzung bei ihren Umsetzungsmaßnahmen und bietet den Verbrauchern einen gleichmäßigeren Binnenmarkt für sichere Produkte sowie einen besseren Schutz für Gesundheit und Sicherheit.
		(2) Neuer horizontaler Rechtsakt für Marktüberwachung	Legislativmaßnahme	Das Gesamtziel besteht darin, verschiedene möglicherweise gefährdete Interessen der Öffentlichkeit gut zu schützen und gleichzeitig den freien Warenverkehr innerhalb der EU zu sichern. Das umfasst u. a. die Gewährleistung der Gesundheit und Sicherheit aller Menschen, die bestimmte Produkte benutzen, den Schutz der Umwelt und die Förderung von Energieeffizienz. Dies erfordert, dass alle notwendigen Mechanismen eingeführt werden, die die wirksame und einheitliche Anwendung und Durchsetzung des EU-Marktüberwachungsrahmens ermöglichen.
		(3) Mehrjähriger Aktionsplan zur Marktüberwachung	Nicht-Legislativmaßnahme	Der Mehrjahresplan soll die derzeitigen Probleme bei der Marktüberwachung in der EU beheben. Er enthält geeignete Koordinierungsmechanismen, Methoden und Maßnahmen, um die Anwendung und Durchsetzung des EU-Marktüberwachungsrahmens zu verstärken und so die Zahl der unsicheren und nicht vorschriftsmäßigen Produkte auf dem Markt zu verringern. Das Ziel ist es, die Bürger zu schützen und gleichzeitig das in den einschlägigen Rechtsvorschriften verlangte hohe Sicherheitsniveau aufrecht zu erhalten.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
17	Gesundheit/ Verbraucherschutz	Europäische Verbrauchagenda	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme (März/ April 2012)	In dieser Agenda wird ein strategisches Konzept für eine Verbraucherpolitik festgelegt, die auf dem Grundsatz der Stärkung der Handlungskompetenz durch Sicherheit, Information und Bildung, Rechte, Rechtsbeihilfe und Zugang zur Justiz gemäß den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft basiert. Diese Agenda umfasst alle von der Kommission vorgelegten verbraucherbezogenen Initiativen.
28	Arbeit	Beschäftigungspaket: (1) Hin zu einem Aufschwung mit neuen Arbeitsplätzen (2) Spezielles Flexicuritypaket (3) Reform des europäischen Beschäftigungsnetzes EURES und seiner Rechtsgrundlage	Nicht- Legislativmaßnahme (Juni 2012) Nicht- Legislativmaßnahme Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme	Rahmenmitteilung des Beschäftigungspaketes, in der der Beitrag der Kommission zu einer Wirtschaft mit großem Wachstum und vielen Arbeitsplätzen dargelegt wird, und die auf den als Teil von Europa 2020 angenommenen Leitinitiativen aufbaut (insbesondere „Eine Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ und „Jugend in Bewegung“) und den Leitlinien des jährlichen Wachstumsberichts 2012 entspricht. In der Mitteilung wird die Schlüsselrolle von Flexicurity-Konzepten vor dem derzeitigen wirtschaftlichen Hintergrund herausgestellt. Die Mitteilung enthält konkrete Vorschläge zur Stärkung der verschiedenen Bestandteile der Flexicurity, um die wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen Europa steht, bewältigen zu können. So sollen die Segmentierung des Arbeitsmarktes abgeschwächt und Arbeitsmarktübergänge unterstützt werden. Der Vorschlag hat folgende Ziele: 1) die Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigungsmöglichkeiten und die Vereinfachung der Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Etablierung von EURES als passendem Arbeitsvermittlungsinstrument für Arbeitsmobilität in Europa; 2) die Ausweitung von EURES auf das neue Projekt „Dein erster EURES-Arbeitsplatz“; 3) die Umsetzung der Rechtsprechung des EuGH in Bezug auf Arbeitsvermittlungsdienste, die für private Arbeitsvermittler geöffnet werden müssen, bei gleichzeitiger Erweiterung der Bandbreite an EURES-Partnern. In diesem Zusammenhang ist möglicherweise eine Überarbeitung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/1968 erforderlich.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
30	Gesundheit/ Verbraucherschutz	Gesundheit und Sicherheit	Nicht- Legislativmaßnahme (Dezember 2012)	Die Mitteilung baut auf der derzeitigen Strategie und deren Abschlussbewertung auf, insbesondere in Bezug auf a) den Ausbau der Vorschriften für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz auf EU-Ebene, insbesondere bezüglich der Festlegung einschlägiger einzelstaatlicher Strategien und der Koordinierung der politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten, b) die Verbesserung der Umsetzung des EU-Rechtsrahmens und c) die Förderung von Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz, indem die Bemühungen der Mitgliedstaaten durch europäische Kampagnen und Sensibilisierungsinitiativen unterstützt werden.
31	Arbeit	Einbeziehung von Seeleuten und Schiffen in den Anwendungsbereich mehrerer EU-Richtlinien zum Arbeitsrecht	Legislativmaßnahme (1. Quartal 2012)	Ziel des Vorschlags ist es zu erreichen, dass Seeleute die gleichen oder gleichwertige Arbeitnehmerrechte erhalten wie Arbeitnehmer auf dem Festland. Bislang sind Seeleute vom Anwendungsbereich mehrerer Arbeitsrichtlinien ausgeschlossen. Durch die Änderungen, die mehrere Richtlinien betreffen, soll unter Berücksichtigung der besonderen Umstände und der wirtschaftlichen Lage des Wirtschaftszweigs ein gleichwertiges Schutzniveau gewährleistet werden.
32	Arbeit	Schutz von Zusatzrentenansprüchen beim Arbeitsplatzwechsel	Legislativmaßnahme	Das Ziel ist der Abschluss der Verhandlungen über den Vorschlag der Kommission von 2005, der 2007 abgeändert wurde. Der Vorschlag würde sich insbesondere mit der Frage der Unverfallbarkeitsfristen (Dauer der Beschäftigung, bevor Rentenansprüche unwiderruflich gewährt werden) befassen.
34	Arbeit	Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme (2. Quartal 2012)	Ziel dieser Initiative ist eine verbesserte Durchsetzbarkeit der Verordnung (EWG) Nr. 1612/1968 (in ihrer durch die Verordnung (EU) Nr. 492/2011 kodifizierten Fassung) über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union. Sie beseitigt bestehende Hemmnisse, die die Mobilität von EU-Arbeitnehmern einschränken, indem sie die Durchsetzung der in den EU-Vorschriften vorgesehenen Rechte sowie die rechtliche Unterstützung für Migranten, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit diskriminiert werden, verbessert.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
35	Soziales	Kinderarmut („soft law“)	Legislativmaßnahme (Juni 2012)	Eine Empfehlung unterstützt die Bemühungen der EU und der Mitgliedstaaten, Kinderarmut zu bekämpfen. Darin werden gemeinsame Grundsätze für ein wirksames politisches Eingreifen in folgenden wichtigen Bereichen festgelegt: Unterstützung für Familien (Zugang zum Arbeitsmarkt für Eltern, Einkommensstützung), Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Unterkunft, soziale Dienste) und Teilhabe an der Gesellschaft.
50	Soziales	Europäische Statistiken zur Demografie	Legislativmaßnahme	Ziel dieses Verordnungsvorschlags ist die Festlegung eines gemeinsamen Rahmens für die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung europäischer Statistiken zu Bevölkerung, Lebensereignissen und Nettomigration.
52	Gesundheit/ Verbraucherschutz	Überarbeitung der Richtlinie über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen	Legislativmaßnahme (Januar 2012)	Auf die neuesten Entwicklungen im Bereich der Tabakerzeugnisse wird durch eine Aktualisierung der Richtlinie 2001/37/EG reagiert, die Binnenmarktfragen umfasst und neue Produkte und Kennzeichnungen prüft. Die schon im Arbeitsprogramm 2011 enthaltene Initiative wird nun Mitte 2012 erwartet.
53	Gesundheit/ Verbraucherschutz	Paket zur Innovation im Bereich Gesundheit: 1) Förderung von Innovationen bei Medizinprodukten zum Nutzen von Patienten, Verbrauchern und Beschäftigten im Gesundheitswesen (2) Medizinprodukte	Nicht-Legislativmaßnahme (2. Quartal 2012)	In dieser Mitteilung wird erklärt, warum eine weitere Verbesserung des Regelungsrahmens erforderlich ist, um angesichts neuer Entwicklungen (u. a. Altern, IKT usw.) Innovationen bei Medizinprodukten zu fördern. Zudem ist die Mitteilung eine Reaktion auf die jüngsten Schlussfolgerungen des Rates.
			Legislativmaßnahme	Der Vorschlag soll gewährleisten, dass der Regelungsrahmen weiterhin Innovationen in dem Bereich fördert und gleichzeitig die Sicherheit der Patienten garantiert. Der Regelungsrahmen, der den technischen und wissenschaftlichen Fortschritten entsprechend angepasst wird, enthält klarere und einfachere Regeln und stellt die notwendigen Instrumente für eine Verwaltung auf EU-Ebene. Diese wurde aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Kombinationen aus Arzneimitteln und Medizinprodukten auf dem Markt erforderlich. Die Ziele sind die Verbesserung des Gesundheitsschutzes für alle Patienten und Verbraucher in Europa, die Stärkung der Position Europas an vorderster Front, was die Innovationen auf dem Gebiet angeht, und ein reibungsloseres Funktionieren des Binnenmarktes und des internationalen Handels.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
		(3) In-vitro-Diagnostika	Legislativmaßnahme	Siehe oben.
54	Gesundheit/ Verbraucherschutz	Klinische Versuche zur Förderung der klinischen Forschung und Innovation in der Arzneimittelindustrie	Legislativmaßnahme	Ziel des Vorschlags für eine Überarbeitung der Richtlinie 2001/20/EG über klinische Prüfungen ist die Verbesserung der Kenntnisse und die Verstärkung der Innovation im Bereich der klinischen Forschung. Dabei soll u. a. auf folgende Themen eingegangen werden: die Verkürzung administrativer Verzögerungen, die Vermeidung abweichender Entscheidungen in der EU und die Straffung von Meldeverfahren.
67	Soziales	Zulassung von Drittstaatsangehörigen zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung, zur Absolvierung eines Studiums oder zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst	Legislativmaßnahme	Diese Initiative soll die Attraktivität der gesamten EU als Zentrum für Forschung, Studien, Schüleraustausche, Ausbildungsmaßnahmen und Freiwilligendienste steigern. Sie soll die Möglichkeiten des Austauschs mit Drittstaatsangehörigen in den Bereichen Wissenschaft, Bildung, Ausbildung und Kultur weiter erleichtern und die Bedingungen für ihre Einreise, ihren Aufenthalt und ihre EU-interne Mobilität transparenter und wirksamer gestalten. Mit dieser Initiative werden die Richtlinien 2004/114/EG und 2005/71/EG des Rates geändert
83	Soziales	Binnenmarkt und Pensionsfonds: Träger betrieblicher Altersversorgungssysteme	Legislativmaßnahme (3. Quartal 2012)	Ziel der Überarbeitung der Richtlinie über die Träger betrieblicher Altersversorgungssysteme ist es, die gleichen Ausgangsbedingungen mit Solvency II aufrechtzuerhalten und eine verstärkte grenzüberschreitende Tätigkeit in diesem Bereich zu fördern. Dies wird helfen, die Herausforderungen der demographischen Alterung und die Staatsverschuldung zu bewältigen. (3. Quartal 2012)
95	Soziales	Förderung der Integration der Roma – Erster Bericht der Kommission	Nicht- Legislativmaßnahme (April 2012)	Im ersten Jahresbericht werden die einzelstaatlichen Strategien zur Integration der Roma bewertet, die die Mitgliedstaaten der Kommission bis zum 31.12.2011 vorlegen müssen.
99	Soziales	Europäischer Rechtsakt über die Zugänglichkeit: Verbesserung der Zugänglichkeit von Waren und Dienstleistungen im Binnenmarkt	Legislativmaßnahme (September 2012)	Vorschlag für eine Richtlinie zur Verbesserung des Marktes für Waren und Dienstleistungen, die für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen zugänglich sind, auf der Grundlage des „Design für alle“-Konzeptes. Diese wirtschaftsfreundliche Initiative umfasst verbindliche Maßnahmen zur Förderung des Auftragswesens und der Harmonisierung von Zugänglichkeitsnormen.

Liste möglicher, in Prüfung befindlicher Vorhaben für das Jahr 2013

Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
Soziales	Jugendausweis der Initiative „Jugend in Bewegung“ („soft law“)	Legislativmaßnahme	Eine Maßnahme der Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ sollte sowohl die Mobilität als auch die Teilnahme aller jungen Menschen im Alter von 13 bis 30 in Europa erleichtern. Der Ausweis würde auf bereits existierenden Ausweisen aufbauen, durch die junge Leute bereits jetzt Vorteile in verschiedenen Bereichen nutzen können (Reisen, Kultur, Waren, Unterkunft usw.). Bereits vorhandene Ausweise, die die EU-Qualitätskriterien erfüllen, könnten mit dem Zusatz „Jugend in Bewegung“ gekennzeichnet werden.
Arbeit	Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit	Legislativmaßnahme	Die Überarbeitung des bestehenden Rechtsrahmens (Richtlinie 2004/37/EG) zielt darauf ab, das Krebsrisiko auf ein annehmbares Niveau festzulegen und das Risikomanagement zu verbessern. Ferner soll bewertet werden, ob es zweckmäßig ist, den Anwendungsbereich der Richtlinie auf neue Risikofaktoren und auf fortpflanzungsgefährdende Stoffe auszudehnen.
Soziales	Mitteilung über Langzeitpflege	Nicht-Legislativmaßnahme	Im Anschluss an das Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen aus dem Jahr 2011 und die Gespräche im Ausschuss für Sozialschutz legt die Kommission strategische Leitlinien vor und reagiert so auf den steigenden Bedarf an Langzeitpflege.
Gesundheit / Agrar	Verwendung von Klonungstechniken zur Lebensmittelerzeugung	Legislativmaßnahme	Diese Initiative wäre eine Folgemaßnahme zum Kommissionsbericht über das Klonen von Tieren zur Lebensmittelerzeugung von 2010 und eine Antwort auf die Ersuchen um Klärung der Rechtslage bezüglich des Klonens von Tieren im Binnenmarkt.
Soziales / Arbeit	Konsultation der europäischen Sozialpartner zur Überarbeitung der Richtlinie zum gleichen Entgelt	Nicht-Legislativmaßnahme	Angesichts des nach wie vor großen Lohngefälles zwischen Frauen und Männern in Europa (rund 18 %) konsultiert die Kommission die europäischen Sozialpartner bezüglich einer Aktualisierung der EU-Rechtsvorschriften mit dem Ziel, den Grundsatz der gleichen Bezahlung durchzusetzen.
Soziales / Wirtschaft	Zweite Phase der Konsultation der europäischen Sozialpartner zur Vereinbarkeit von Arbeits-, Familien- und Privatleben	Nicht-Legislativmaßnahme	Abhängig von den Ergebnissen der Konsultation schlägt die Kommission unter Umständen Maßnahmen mit zwei Zielen vor: Zum einen soll die Erwerbstätigenquote von Frauen gesteigert werden (da Frauen die Hauptverantwortung für die Betreuung von Kindern und sonstigen unterhaltsberechtigten Personen tragen) und zum anderen soll die demographische Herausforderung bewältigt werden.

5. Digitale Agenda

Die digitale Agenda wird nach Ansicht der Kommission auch 2012 von zentraler Bedeutung sein, damit die europäische Wirtschaft die Chancen der modernen Technik und des Internets nutzen kann, um das Wachstum anzukurbeln. Der elektronische Geschäftsverkehr soll daher gefördert werden. Auch wird die Kommission eine Initiative zur gegenseitigen Anerkennung der elektronischen Identifizierung, Authentifizierung und Signatur vorschlagen, um das Vertrauen des Verbrauchers zu stärken und Online-Zahlungen sowie elektronische Transaktionen vereinfachen. Damit einher gehen sollen politische Empfehlungen zur Verbesserung der Medienkompetenz der Verbraucher. Im Kontext der gemeinsamen Frequenzverwaltung spielt weiterhin der Frequenzbedarf von Rundfunkanstalten eine wichtige Rolle. Bei der Überarbeitung der Mitteilung zur Filmwirtschaft wird auf die Entwicklung neuer Kriterien für die Genehmigung staatlicher Beihilfen im Filmbereich zu achten sein - nicht zuletzt wegen der beabsichtigten Überprüfung der derzeit gültigen beihilferechtlichen Regelung zur Territorialisierung.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM im Jahr 2012 vorgesehen ist

Nr	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
10	Medien	Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze	Nicht-Legislativmaßnahme (Juli 2012)	Die Überarbeitung der aktuellen Leitlinien muss bis spätestens 30.9.2012 vorliegen.
13	Medien	Überarbeitung der Mitteilung zur Filmwirtschaft	Nicht-Legislativmaßnahme (September 2012)	Die derzeitige Mitteilung verliert spätestens ab dem 31.12.2012 ihre Gültigkeit.
21	Medien	Europaweiter Rahmen für elektronische Identifizierung, Authentifizierung und Signatur	Legislativmaßnahme (2. Quartal 2012)	Mit diesem Vorschlag werden Rechtsvorschriften vorgelegt, die das Vertrauen stärken und elektronische Transaktionen erleichtern sollen, insbesondere durch die Gewährleistung der gegenseitigen Anerkennung von elektronischer Identifizierung und Authentifizierung EU-weit sowie von elektronischen Signaturen.
22	Medien	Gemeinsame Frequenznutzung	Nicht-Legislativmaßnahme (2. Quartal 2012)	In dieser Mitteilung soll das Modell der gemeinsamen Frequenzverwaltung und seine Bedeutung für eine ausgewogene Gewichtung der verschiedenen Modelle erläutert werden. Sie soll einen Überblick über die gemeinsame Frequenznutzung zum jetzigen Zeitpunkt, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Vergleich mit anderen Verwaltungskonzepten, die Vorteile und den Nutzen des Modells und die zu bewältigenden Probleme vermitteln.

Nr	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
27	Medien	Überdenken von Kompetenzen vor dem Hintergrund von Europa 2020	Nicht-Legislativmaßnahme (4. Quartal 2012)	Die Mitteilung enthält politische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten in den Bereichen grundlegende Fähigkeiten, Unternehmertum, digitale Kompetenz, Medienkompetenz und Mehrsprachigkeit, die helfen sollen, das EU-Ziel der Leistungssteigerung in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften zu erreichen. Sie fördert die Arbeitsmarktfähigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und den interkulturellen Dialog durch den Aufbau bereichsübergreifender Schlüsselkompetenzen im Rahmen von Strategien zum Lebenslangen Lernen.

6. Umwelt, Klima, Energie und Meerespolitik

Die Bekämpfung des Klimawandels, die weitere Reduzierung von Treibhausgasemissionen und die Energieversorgungssicherheit werden weiterhin im Mittelpunkt der Umwelt- und Energiepolitik der KOM stehen. Ziel ist es, wie in der EU 2020-Strategie vorgegeben, auf eine ressourcenschonende und kohlenstoffarme Wirtschaft hinzuarbeiten. Dazu ist für 2012 ein „Fahrplan für erneuerbare Energien bis 2050“ mit entsprechenden politischen Maßnahmen angekündigt. Zum Klimawandel ist eine Strategie geplant, die die Gemeinschaft in die Lage versetzen soll, die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen. In der Meerespolitik verfolgt die Kommission als Beitrag zur Europa-2020-Strategie die Weiterentwicklung der maritimen Wirtschaft („Blaues Wachstum“ und „Blaue Jobs“). Schwerpunkte bei der Umsetzung des integrativen Ansatzes der Meerespolitik bilden weiter die maritime Raumordnung, die Meeresüberwachung und das Meereswissen. Die Verbesserung des Umweltschutzes steht nach wie vor im Fokus für Europa. Im Fachbereich Umwelt ist für 2012 die Überarbeitung der UVP-Richtlinie vorgesehen.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM im Jahr 2012 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
5.	Klima / Verkehr	Einbeziehung der Emissionen des Seeverkehrs in die Verpflichtungen der EU zur Senkung der Treibhausgasemissionen	Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Verkehr)
37.	Energie	Strategie für erneuerbare Energien	Nicht-Legislativmaßnahme (2. Quartal 2012)	Mit dieser Initiative, die auf dem Fahrplan für erneuerbare Energien bis 2050 aufbaut, werden politische Maßnahmen zur Beschleunigung der Entwicklung erneuerbarer Energien vorgelegt. Weitere Bestandteile sind Diskussionen über die Gestaltung des Elektrizitätsmarktes und die laufende Infrastrukturpolitik einschließlich außenpolitischer Aspekte.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
39.	Energie	Kohlenstoffbindung und -speicherung	Nicht-Legislativmaßnahme (3. Quartal 2012)	Eine Analyse des derzeitigen Status macht deutlich, dass das CCS-Demonstrationsprogramm sich trotz großer Bemühungen verzögert hat. In dem Strategiepapier werden mögliche Wege analysiert, wie man die Betriebsdauer von Kraftwerken für fossile Brennstoffe ohne Abgasreinigung auslaufen lassen könnte.
43.	Umwelt	Schutz der europäischen Wasserressourcen	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme (November 2012)	Bewertung der Umsetzung und Ergebnisse der derzeitigen Süßwasserpolitik, Ermittlung von Lücken und Mängeln sowie Gewährleistung, dass die Wasserpolitik einen wertvollen Beitrag zum Erreichen der Ziele des Fahrplans ressourceneffizientes Europa leistet.
45.	Umwelt	Überarbeitung der UVP-Richtlinie (Umweltverträglichkeitsprüfung)	Legislativmaßnahme (Juli 2012)	Das Gesamtziel der Überarbeitung ist die Verbesserung des Umweltschutzes auf einzelstaatlicher Ebene durch die Gewährleistung einer konsequenteren und wirksameren Anwendung der Grundsätze der Umweltbewertung und der Übereinstimmung mit den einschlägigen internationalen Verpflichtungen.
47.	Umwelt	7. Umweltaktionsprogramm	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme (Oktober 2012)	Diese Initiative soll angesichts der zunehmend systemischen Art der Umweltprobleme Prioritäten im Rahmen der EU-Strategie 2020 festlegen und gemäß dem Bericht der Europäischen Umweltagentur von 2010 und dem SOER-Bericht (Umwelt in Europa – Zustand und Ausblick) die fortdauernde Umweltzerstörung bekämpfen.
49.	Umwelt/ Wirtschaft	Überarbeitung der REACH-Verordnung	Nicht-Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Wirtschaft)
111.	Meerespolitik/ Wirtschaft	Festlegung eines Rahmens für maritime Raumplanung	Legislativmaßnahme (Juni 2012)	(Erläuterung siehe Wirtschaft)
112.	Meerespolitik/ Wirtschaft	Blaues Wachstum: von den Meeren und Küsten ausgehendes nachhaltiges Wachstum	Nicht-Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Wirtschaft)
128.	Umwelt/ Energie / Verkehr	Saubere Energie im Verkehr: Eine alternative Kraftstoffstrategie	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	In dem Weißbuch zum Verkehr wird betont, wie wichtig es ist, die Abhängigkeit des Verkehrssystems vom Öl zu durchbrechen. Mit dieser Initiative soll die Aufnahme alternativer Verkehrssysteme in den EU-Markt einschließlich der erforderlichen Normen für Ausrüstung und Speichersysteme beschleunigt werden. Ermittelt werden mögliche EU-Maßnahmen, um die Verwendung alternativer Kraftstoffe in der EU anzukurbeln und der Industrie, dem öffentlichen Sektor und den Verbrauchern eine klare und schlüssige Vision der Marktentwicklung für Verkehrssysteme mit alternativen Kraftstoffen zu bieten.

Liste möglicher, in Prüfung befindlicher Vorhaben für das Jahr 2013

Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
Klima	EU-Anpassungsstrategie	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitgliedstaaten spüren die negativen Auswirkungen des Klimawandels, die wiederum erhebliche wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen haben. Die Strategie wird die EU in die Lage versetzen, die künftigen Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen. Den Schwerpunkt bilden Maßnahmen mit einem europäischen Mehrwert. Die Hauptziele sind der Ausbau der Wissensgrundlage über die Anpassung an den Klimawandel und die Entwicklung eines geeigneten EU-Rahmens für eine Anpassungsstrategie.
Umwelt/ Verkehr	Strategie zur Senkung der CO ₂ -Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Initiative befasst sich mit dem Problem der steigenden CO ₂ -Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen. Das allgemeine Ziel besteht darin, diese Emissionen kosteneffizient zu senken. Die Initiative schließt sich an die Europäische Strategie für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge und das Weißbuch Verkehr KOM(2011) 144 an.
Energie	Energietechnologien in einer künftigen europäischen Energiepolitik	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung werden die Optionen für die Rolle von Energietechnologien bei der Verwirklichung der Dekarbonisierung ermittelt, ein umfassender Ansatz für die Förderung der Entwicklung von Energietechnologien gemäß der Vision Energie 2050 ausgearbeitet und die Synergien zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission bei der Gestaltung der Energiepolitik verstärkt, indem die Konvergenz und die Zusammenarbeit zwischen einzelstaatlichen und EU-Innovationsprogrammen gefördert werden.
Energie	Energieeffizienz	Nicht-Legislativmaßnahme	Folgemaßnahmen zum Vorschlag vom Juni 2011, ausgehend von den derzeitigen Arbeiten am Fahrplan für erneuerbare Energien bis 2050, und Vorbereitung einer allgemeinen Leitlinie zur Energieeffizienz bis 2020 und darüber hinaus.
Umwelt	Überarbeitung der Luftqualitätsstrategien	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	Bewertung der Umsetzung und der Ergebnisse derzeitiger Strategien in den Bereichen Luftverschmutzung und Luftqualität, überarbeitete Legislativvorschläge für Richtlinien über Luftqualität und nationale Emissionshöchstmengen.
Meerespolitik	Weißbuch zur Meeresüberwachung	Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Mitteilung enthält eine Bestandsaufnahme der bereits erzielten Fortschritte sowie Vorschläge für weitere Maßnahmen. Hierzu zählt das Erfassen der finanziellen Auswirkungen der Errichtung eines gemeinsamen Informationsraums.

7. Landwirtschaft, Fischerei und Verbraucherschutz

Im Juni wurde der Rahmen für die langjährige Finanzplanung veröffentlicht und die Kommission stellte mit einer Vorlaufzeit von zwei Jahren im Oktober 2011 die legislativen Vorschläge der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2014 vor. Umso wichtiger ist nun, das Budget für den Agrarhaushalt in dem geplanten Umfang zu halten. Das Jahr 2012 steht ganz im Zeichen der technischen Ausarbeitung der legislativen GAP-Vorschläge. Weiterhin im Fokus der Landwirtschaft sind die Themen der Tier- und Pflanzengesundheit, respektive das Tier- und Pflanzengesundheitsrecht, die Stärkung und die Kontrollen entlang der Lebensmittelkette und der Saatgutverkehr. Das Auslaufen der Milchquoten wird in 2012 mit einem Bericht zur Entwicklung der Marktlage begleitet. Ab 2013 wird die Ökologische Landwirtschaft thematisiert werden. Hierbei ist eine Überarbeitung der legislativen Maßnahmen angekündigt. Die Verwendung von Klonungstechniken zur Lebensmittelerzeugung geht bis dato immernoch mit einer unklaren Rechtslage einher. Hierzu ist eine Legislativmaßnahme geplant, die auf einen Kommissionsbericht von 2010 basiert. Im Fachbereich der Fischerei wird eine nicht unerhebliche Anzahl von Vorschriften im Rahmen des Programms zur Vereinfachung und Verringerung des Verwaltungsaufwandes modifiziert. Die Kommission veröffentlichte im Juli 2011 ihre Vorschläge für eine umfassende Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) der EU. Die Pläne sollen künftig die Fischbestände und den Lebensunterhalt der Fischer für die Zukunft sichern sowie der Überfischung und der Bestandsdezimierung ein Ende setzen.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM im Jahr 2012 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
3.	Landwirtschaft	Allmähliches Auslaufen der Milchquotenregelung	Nicht-Legislativmaßnahme	Nach Artikel 184 Absatz 6 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates legt die Kommission bis zum 31.12.2012 einen Bericht über die Entwicklung der Marktlage und die daraus resultierenden Bedingungen für ein allmähliches Auslaufen der Milchquotenregelung vor.
15.	Landwirtschaft/ Wirtschaft	Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung	Nicht-Legislativmaßnahme (September 2012)	(Erläuterung siehe Wirtschaft)
55.	Landwirtschaft	Paket zur Tier- und Pflanzengesundheit: (1) Stärkung der Lebensmittelkette – ein modernisierter und einfacherer Rechtsrahmen	Nicht-Legislativmaßnahme (3. Quartal 2012)	In der Mitteilung werden die Hauptelemente des neuen Pakets von Rechtsvorschriften über Tier- und Pflanzengesundheit und Vermehrungsgut für Pflanzen sowie die Kontrollen in diesem Bereich behandelt. Die Regeln sollen modernisiert, vereinfacht und gestrafft werden, um die Ziele der Rechtsvorschriften besser erreichen zu können und die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der entsprechenden Wirtschaftszweige zu stärken.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
		(2) Tiergesundheitsrecht	Legislativmaßnahme	Der Vorschlag verfolgt einen stärker risikobasierten Ansatz gegenüber tiergesundheitlichen Anforderungen und der Beseitigung von Verwaltungsaufwand beim Transport von Tieren und bietet ein einfacheres und flexibleres Vorschriftensystem im Bereich Tiergesundheit in der EU sowie größere Sicherheit mit einer stärkeren Konzentration auf Krankheitsvorbeugung, was zu geringeren wirtschaftlichen Verlusten durch Krankheitsausbrüche führen soll.
		(3) Amtliche Kontrollen entlang der Lebensmittelkette	Legislativmaßnahme	Ziel des Vorschlags für eine Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 ist die Vereinfachung und Straffung des bestehenden Rechtsrahmens, damit die von den Mitgliedstaaten entlang der Lebensmittelkette durchgeführten Kontrollen effizienter werden und der Verwaltungsaufwand für die Betriebe sinkt. Eine effizientere Nutzung der Kontrollressourcen trägt dazu bei, Krisen zu vermeiden und gleichzeitig die Kosten für Wirtschaftsteilnehmer, die sich an die Vorschriften halten, zu beschränken und gleiche Bedingungen für alle zu gewährleisten. Die Richtlinien 96/23/EG, 97/78/EG und 91/496/EWG sind ebenfalls betroffen.
		(4) EU-Pflanzengesundheitsrecht	Legislativmaßnahme	Der Vorschlag zielt auf eine Vereinfachung, eine Straffung und eine Steigerung der Transparenz und Kostenwirksamkeit ab. Die Pflanzenpässe für das innergemeinschaftliche Verbringen von Pflanzen werden vereinfacht, was ein transparenteres und stabileres System für die Erzeuger zur Folge hat. Eine bessere Einfuhrkontrolle verstärkt den Schutz vor der Einschleppung neuer Schädlinge und Krankheiten aus Drittländern, was in der Vergangenheit zu zusätzlicher Belastung durch Schädlingskontrolle für die EU-Erzeuger oder zu Umweltschädigungen geführt hat.
		(5) Verkehr mit Saatgut und Vermehrungsmaterial von Pflanzen zur Innovationsförderung im Bereich Saatgut	Legislativmaßnahme	Ziel der Initiative ist die Förderung von Innovation. Angesichts der Globalisierung, Spezialisierung und Entwicklung neuer Nutzungsmöglichkeiten für Agrarrohstoffe sowie der veränderten Erwartungen der Gesellschaft hinsichtlich der Vereinbarkeit von Landwirtschaft und natürlicher Umwelt soll mit der Initiative außerdem der Verwaltungsaufwand verringert und für Flexibilität innerhalb des Regelungsrahmens gesorgt werden. Indem zwölf Richtlinien über Saatgut und Vermehrungsmaterial von Pflanzen durch einen einzigen Rechtsakt ersetzt werden, werden die Rechtsvorschriften modernisiert und vereinfacht.

Liste möglicher, in Prüfung befindlicher Vorhaben für das Jahr 2013

Politikbereich	Bezeichnung	Art	Gegenstand und Ziele
Landwirtschaft	Ökologische Landwirtschaft	Legislativmaßnahme	Überarbeitung des einschlägigen Basisrechtsaktes nach den Gesprächen mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten, die auf der Grundlage des 2011 vorgelegten Berichts stattfinden (Bericht an den Rat über die Anwendung des Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91).
Landwirtschaft	Neue EU-Forststrategie	Nicht-Legislativmaßnahme	Die derzeitige EU-Forststrategie wurde 1998 in Form einer Entschließung des Rates angenommen (ABl. C 56 vom 26.2.1999). Ziel der Initiative ist es, zu bewerten, in welchem Maße die Strategie noch dem derzeitigen Bedarf und politischen Kontext entspricht, und eine neue Strategie vorzuschlagen, in der die Herausforderungen berücksichtigt werden, die seit der Annahme der derzeitigen Strategie entstanden sind, insbesondere der Klimawandel und die EU-Politik zu erneuerbaren Energien.
Landwirtschaft / Regionalpolitik	Überarbeitung der De-minimis-Verordnung über staatliche Beihilfen	Legislativmaßnahme	De-minimis-Beihilfen sind ein flexibles Instrument für die Gewährung von sehr begrenzten Beihilfen. Die De-minimis-Verordnung der Kommission deckt kleine Zuschüsse ab, die keine staatlichen Beihilfen im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 AEUV sind, da sie keine Auswirkungen auf Handel und Wettbewerb haben und die somit nicht unter die Anmeldepflicht fallen. Die derzeitige Verordnung läuft im Dezember 2013 aus.
Landwirtschaft/ Gesundheit	Verwendung von Klonungstechniken zur Lebensmittelerzeugung	Legislativmaßnahme	Diese Initiative wäre eine Folgemaßnahme zum Kommissionsbericht über das Klonen von Tieren zur Lebensmittelerzeugung von 2010 und eine Antwort auf die Ersuchen um Klärung der Rechtslage bezüglich des Klonens von Tieren im Binnenmarkt.

Politikbereich	Bezeichnung	Art	Gegenstand und Ziele
Fischerei	Erhaltung der Fischbestände durch technische Maßnahmen für den Schutz von Meerestieren	Legislativmaßnahme	Mit diesem Vorschlag soll nach der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik ein neuer Rahmen für technische Maßnahmen für den Atlantik und die Nordsee ausgearbeitet werden, um den Schutz der biologischen Meeresschätze und die Minderung der Auswirkung der Fischerei auf Fischbestände und marine Ökosysteme zu gewährleisten. Der Vorschlag soll die vorhandenen technischen Maßnahmen vereinfachen und zusammenfassen, aber auch gegebenenfalls ihre Wirksamkeit steigern. Dies bezieht sich insbesondere auf die Maßnahmen, die in der Verordnung (EG) Nr. 850/98 des Rates und ihren verschiedenen Änderungen festgelegt wurden, sowie auf andere technische Maßnahmen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1288/2009 des Rates und derzeit geltende Bestandserholungspläne.
Fischerei	Festlegung bzw. Überarbeitung langfristiger Pläne für bestimmte Bestände und die Fischereien, die diese Bestände befischen (Pläne für mehrere Arten)	Legislativmaßnahme	Diese Pläne für mehrere Arten decken mehrere Fischbestände ab, die von denselben Fischereien und im selben Gebiet gefangen werden. Als Grundlage dienen die Bestimmungen der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik.
Landwirtschaft/ Fischerei	Partnerschaftsverträge mit Mitgliedstaaten	Legislativmaßnahme	In den Partnerschaftsverträgen zwischen der Kommission und den einzelnen Mitgliedstaaten sind die Verpflichtungen der Partner auf nationaler und regionaler Ebene sowie die der Kommission dargelegt. Diese stehen im Zusammenhang mit den Zielen der Strategie Europa 2020 und den einzelstaatlichen Reformprogrammen. Mit den Verträgen wird ein integriertes Konzept für die territoriale Entwicklung des ländlichen Raums und der Meeres- und Fischereipolitik mit Mitteln gestützt wird, und sie enthalten Ziele, strategische Investitionen und eine Reihe von Konditionalitäten.

8. Justiz und Inneres

Mit ihren Vorschlägen zum mehrjährigen Finanzrahmen für den EU-Haushalt vom 15.11.2011 will die Kommission die europäische Innen- und Justizpolitik insgesamt stärken. Im Bereich Inneres ist die Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit in einem Europa ohne Binnengrenzen nach wie vor eine der Prioritäten der EU. Um diese zu verbessern will die Kommission die Verwirklichung des Stockholmer Programms vorantreiben. Dazu gehören Vorhaben im Bereich Asyl, zur Schaffung einer neuen Generation von Grenzkontrollen sowie zur Bewältigung neuer Herausforderungen im Bereich der Computer- und Netzsicherheit. Ferner soll der internationale Drogenhandel wirksamer bekämpft werden.

Im strafrechtlichen/-prozessualen Bereich hat die Kommission mit den Vorhaben für Verfahrensgarantien für schutzbedürftige Beschuldigte oder Verdächtige sowie zur Opferentschädigung weitere Aktivitäten angekündigt. Zwei Rechtsetzungsvorschläge sollen ferner die grenzüberschreitende Anerkennung zivilrechtlicher Dokumente erleichtern und die Legalisationsvorschriften vereinfachen. Die Initiative zur E-Justiz will den Zugang zur Justiz in allen Mitgliedstaaten erleichtern und justizielle Zusammenarbeit und Verfahren verbessern. Außerdem soll die Einführung kollektiver Rechtsschutzmöglichkeiten vorangetrieben werden.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM im Jahr 2012 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
57	Inneres	Die nächste Generation von Grenzkontrollen: (1) Einreise-/Ausreiseprogramm für Reisende	Legislativmaßnahme (2. Quartal 2012)	Definition des Zwecks, der Funktionen und des Einsatzbereichs des Einreise-/Ausreiseprogramms und Festlegung der Anforderungen und Verfahren für die Registrierung, Speicherung und Abfrage der Daten über die Einreise und Ausreise von Drittstaatsangehörigen an den EU-Außengrenzen. (2. Quartal 2012)
		2) Registrierungsprogramm für Reisende	Legislativmaßnahme (2. Quartal 2012)	Definition des Zwecks, der Funktionen und des Einsatzbereichs des Registrierungsprogramms für Reisende und eines Registrierungsprogramms für Reisende, Erteilung des Mandats an die Kommission und die Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen, das Registrierungsprogramm und –system für Reisende einzurichten und aufrechtzuerhalten, und Festlegung der Verfahren und Anforderungen für die Prüfung von Anträgen für das Registrierungsprogramm für Reisende und für den Austausch von Daten über registrierte Reisende zwischen Mitgliedstaaten. (2. Quartal 2012)
		(3) Änderung des Schengener Grenzkodexes	Legislativmaßnahme (2. Quartal 2012)	Änderung des Schengener Grenzkodexes, um ihn mit den Verordnungen über das Programm für registrierte Reisende und das Einreise-/Ausreiseprogramm in Einklang zu bringen. (2. Quartal 2012)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
58	Inneres	Ausarbeitung eines europäischen Lehrgangs für Vollzugsbeamte	Nicht-Legislativmaßnahme (1. Quartal 2012)	Verstärkung von EU-Polizeischulungen mit dem Ziel, durch das Anbieten von europäischen Lehrgängen für alle Beteiligten ein eine echte europäische Strafverfolgungskultur zu fördern.
60	Inneres	Bekämpfung der europäischen Cyberkriminalität	Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Initiative soll die EU in die Lage versetzen, Cyberkriminalität besser bekämpfen zu können. Sie soll die Unionsbürger, die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament über die Voraussetzungen aufklären, die für eine wirksame Bekämpfung von Cyberkriminalität erfüllt sein müssen.
63	Inneres	Überarbeitung des EU-Rahmens für Vorratsdatenspeicherung	Legislativmaßnahme (März 2012)	Diese Überarbeitung ist ein Ergebnis der Bewertung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung. Sie gewährleistet, dass die entsprechenden Behörden rasch Zugang zu den für die Verbrechensbekämpfung unbedingt erforderlichen Telekommunikationsdaten erhalten, legt angemessene Einschränkungen bei der Vorratsdatenspeicherung und Vorkehrungen gegen unnötige Verstöße gegen das Recht auf Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten fest, beseitigt Faktoren, die das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes unnötig behindern und gewährleistet der Telekommunikationsindustrie EU-weit eine einheitliche Erstattung der Kosten für die Vorratsdatenspeicherung.
87	Inneres/ Finanzen/ Wirtschaft	Online-Gewinnspiele im Binnenmarkt	Nicht-Legislativmaßnahme (Juni 2012)	Die Mitteilung ist eine Folgemaßnahme zum Grünbuch über Online-Gewinnspiele und enthält eine eingehende Bewertung der Antworten auf die Konsultation. Hiervon ausgehend werden 1) die wichtigsten Herausforderungen für die Koexistenz nationaler Regulierungsmodelle im Binnenmarkt und 2) die auf nationaler und auf EU-Ebene zu treffenden Maßnahmen ermittelt.
96	Justiz	Besondere Garantien für schutzbedürftige Verdächtige oder Beschuldigte bei Strafverfahren	Legislativmaßnahme (Mai 2012)	Mit dieser Maßnahme soll gewährleistet werden, dass bei allen Strafverfahren in der EU auf Verdächtige oder Beschuldigte, die z. B. aufgrund ihres Alters, ihres geistigen oder ihres körperlichen Zustands nicht in der Lage sind, den Inhalt oder die Bedeutung des Verfahrens zu verstehen oder diesem zu folgen, besondere Rücksicht genommen wird.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
97	Justiz/Inneres	Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen im Bereich des illegalen Drogenhandels	Legislativmaßnahme (September 2012)	Die Mitgliedstaaten sollen in die Lage versetzt werden, den illegalen Drogenhandel wirksamer zu bekämpfen. Durch eine Angleichung der Straftatbestände und Strafen, eine Behebung der Mängel, die während der Bewertung des Rahmenbeschlusses 2004/757/JI im Jahr 2009 festgestellt wurden, und durch eine Ersetzung dieses Instruments soll ein gemeinsamer EU-Ansatz gefördert werden.
101	Justiz	Pauschalreisen	Legislativmaßnahme (Oktober 2012)	Dieser Vorschlag zielt darauf ab, die Richtlinie 90/314/EWG des Rates zu überarbeiten und die geltenden Vorschriften zum Schutz von Verbrauchern, die (insbesondere über das Internet) Pauschalreisen buchen, zu modernisieren und die Buchung von Pauschalreisen aus anderen Mitgliedstaaten zu erleichtern.
103	Justiz	Entschädigung der Opfer von Straftaten	Legislativmaßnahme (November 2012)	Der Vorschlag der Kommission für die Überarbeitung der Richtlinie 2004/80/EG gewährleistet, dass Opfer von Straftaten in allen Mitgliedstaaten gerecht und angemessen entschädigt werden, und trägt somit zum Aufbau gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten bei. Der Vorschlag basiert auf einer umfassenden Studie über alle Aspekte von Entschädigungen, damit bestehende Hemmnisse, ihr Ursprung und mögliche Lösungen ermittelt werden können.
105	Justiz	E-Justiz	Legislativmaßnahme (November 2012)	Mit dieser Initiative wird das Projekt E-Justiz als Instrument zur Förderung von Wachstum und Rechtssicherheit im Binnenmarkt gestärkt. Das Projekt E-Justiz soll die Rechtspolitik unterstützen, indem Informations- und Kommunikationstechnologie benutzt werden, um Informationen über Justiz in der EU zu verbessern und zu bündeln, den Zugang zur Justiz in allen Mitgliedstaaten zu erleichtern und die justizielle Zusammenarbeit und Verfahren zu vereinfachen.
108	Justiz	Gegenseitige Anerkennung zivilrechtlicher Schriftstücke: (1) Gegenseitige Anerkennung der Wirkung bestimmter Personenstandsurkunden	Legislativmaßnahme	Mit diesem Vorschlag soll die gegenseitige Anerkennung bestimmter Personenstandsurkunden (z. B. Urkunden mit Angaben zu Geburt, Abstammung, Adoption, Namen, Ableben) durchgesetzt werden.
109	Justiz	(2) Verzicht auf Formalitäten für die Legalisation von Urkunden im Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten	Legislativmaßnahme	Folgemaßnahme zum Grünbuch zum freien Verkehr von Dokumenten: Personenstandsurkunden, Urkunden und erleichterte Legalisation. Mit diesem Vorschlag soll der Verzicht auf Formalitäten für die Legalisation von Urkunden im Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten durchgesetzt werden.
110	Justiz	Ein EU-Rahmen für kollektive Rechtsbehelfe	Wird noch festgelegt (März 2012)	Diese Initiative wäre eine Folgemaßnahme zur gesamten bisherigen Arbeit der Kommission zu kollektiven Rechtsbehelfen auf EU-Ebene.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
	Justiz/ Inneres	Neuer umfassender Rechtsrahmen zum Schutz persönlicher Daten in der EU	Legislativmaßnahme (Januar 2012)	Die Europäische Datenschutzrichtlinie 1995/46/EG soll modernisiert werden. Die Novelle soll die aktuellen technischen Entwicklungen, die Herausforderungen der Globalisierung und die Anforderungen der Behörden in Zusammenhang mit allen Unionsmaßnahmen berücksichtigen. Einbeziehung der Ergebnisse auf Grundlage der Mitteilung vom 4.11.2010, KOM (2010) 609 noch bis zum 15.01.2011 durchgeführten Konsultation einbeziehen. Die im Arbeitsprogramm 2011 aufgeführte Maßnahme hat sich verzögert und soll nun im Januar 2012 veröffentlicht werden.

Liste möglicher, in Prüfung befindlicher Vorhaben für das Jahr 2013

Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
Inneres	EU-Einwanderungskodex	Legislativmaßnahme	Gemäß dem Stockholmer Programm Konsolidierung sämtlicher Rechtsvorschriften im Bereich der Einwanderung, anfangen bei der legalen Einwanderung und, soweit erforderlich, Erweiterung bestehender Bestimmungen.
Justiz	Europäisches Vertragsrecht im Bereich Versicherungsdienstleistungen	Legislativmaßnahme	Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels mit bestimmten Finanzprodukten (insbesondere Versicherungen) durch die Ausarbeitung europäischer vertragsrechtlicher Vorschriften im Bereich Finanzdienstleistungen.
Justiz	Gegenseitige Anerkennung von Rechtsverlusten	Legislativmaßnahme	Die Maßnahme soll gewährleisten, dass Rechtsverluste, die auf einem Urteil in einem strafrechtlichen Verfahren in einem Mitgliedstaat beruhen, in allen anderen Mitgliedstaaten anerkannt werden.
Justiz	Prozesskostenhilfe in Strafverfahren	Legislativmaßnahme (März 2013)	Mit dieser Initiative werden gemeinsame Mindestvorschriften festgelegt, die sicherstellen, dass Verdächtige und Beschuldigte in Strafverfahren ab der Anklageerhebung bis zum Ende des Verfahrens bzw. des Berufungsverfahrens einen Anspruch auf Prozesskostenhilfe haben.
Justiz	Konsultation der europäischen Sozialpartner zur Überarbeitung der Richtlinie zum gleichen Entgelt	Nicht-Legislativmaßnahme	Angesichts des nach wie vor großen Lohngefälles zwischen Frauen und Männern in Europa (rund 18 %) konsultiert die Kommission die europäischen Sozialpartner bezüglich einer Aktualisierung der EU-Rechtsvorschriften mit dem Ziel, den Grundsatz der gleichen Bezahlung durchzusetzen.

Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
Justiz	Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung	Legislativmaßnahme	Im Anschluss an eine Bewertung der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 sollen mit deren Änderung gemeinsame Mindeststandards zur Anerkennung von Entscheidungen über die elterliche Verantwortung eingeführt werden, so dass Exequaturverfahren für solche Entscheidungen hinfällig werden.
Justiz	Grünbuch über die mögliche Ausweitung von Mindestverfahrensrechten	Nicht-Legislativmaßnahme	Grünbuch zum Bedarf an zusätzlichen Mindestverfahrensrechten für Beschuldigte und Verdächtige, die nicht Gegenstand früherer Legislativvorschläge (im Fahrplan zur Stärkung der Verfahrensrechte) waren.

Liste möglicher, in Prüfung befindlicher Vorhaben für das Jahr 2014

Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
Justiz	Verbesserung der Kohärenz der EU-Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts	Legislativmaßnahme	Sicherstellung der Kohärenz der zivilrechtlichen Verfahren in der EU und Festlegung einheitlicher verfahrensrechtlicher Mindeststandards für Zivilprozesse.

9. Bildung, Kultur und Jugend

Die Kommission will ihre Aktivitäten in Bildung und Kultur gegenüber 2011 fortführen, mit denen ein wichtiger Beitrag zur EU-2020 Strategie geleistet werden soll. Die geplanten neuen Initiativen lassen keine darüber hinaus gehende neue Schwerpunktsetzung erkennen. Sie betreffen grundlegende Bildungskompetenzen, die Internationalisierung des Hochschulsektors und eine Jugendausweis für die Initiative „Jugend in Bewegung“.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM im Jahr 2012 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
27	Bildung/ Medien	Überdenken von Kompetenzen vor dem Hintergrund von Europa 2020	Nicht-Legislativmaßnahme (4. Quartal 2012)	(Erläuterung siehe Medien)

Liste möglicher, in Prüfung befindlicher Vorhaben für das Jahr 2013

Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
Bildung	Internationalisierung der Hochschulbildung	Nicht-Legislativmaßnahme	Mehr und mehr Hochschuleinrichtungen nehmen Studierende aus Drittländern auf, tauschen Studierende, Mitarbeiter, Projekte und Kenntnisse untereinander aus und arbeiten im akademischen Bereich und in der Forschung zusammen. Die Mitteilung befasst sich mit der Internationalisierungsstrategie des Hochschulbildungssektors in der EU. In einer Welt mit immer stärkeren gegenseitigen Abhängigkeiten sind die Hochschulpartnerschaften, die Forschungs- und Lehrkapazitäten schaffen können und Universitäten zu Akteuren des Wissenstransfers machen, eine strategische Möglichkeit für die EU, die globalen Herausforderungen zu bewältigen.
Bildung	Jugendausweis der Initiative „Jugend in Bewegung“ („soft law“)	Legislativmaßnahme	Eine Maßnahme der Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ sollte sowohl die Mobilität als auch die Teilnahme aller jungen Menschen im Alter von 13 bis 30 in Europa erleichtern. Der Ausweis würde auf bereits existierenden Ausweisen aufbauen, durch die junge Leute bereits jetzt Vorteile in verschiedenen Bereichen nutzen können (Reisen, Kultur, Waren, Unterkunft usw.). Bereits vorhandene Ausweise, die die EU-Qualitätskriterien erfüllen, könnten mit dem Zusatz „Jugend in Bewegung“ gekennzeichnet werden.